

Diversität zwischen kritischer Genealogie und Gegenwartsdiagnose. Zur Einleitung

*Christian Leonhardt, Franziska Martinsen, Samia Zahra Mohammed,
Sabrina Zucca-Soest*

Unter dem Titel „Kämpfe um Diversität. Theorie an der Grenze von Wissenschaft und Politik“ veranstaltete die Sektion für Politische Theorie und Ideengeschichte der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft im März 2023 eine Tagung an der Universität Duisburg-Essen. Anlass für die Tagung waren die zunehmend kontroverseren öffentlichen Debatten um ‚Diversität‘, etwa im Feuilleton etablierter Tages- und Wochenzeitungen oder in den Social Media-Kanälen.¹ Auch in universitären Kontexten wurde und wird der Begriff der Diversität verhandelt, teils in der Tradition kritischer Gesellschaftstheorien, teils aber auch offenbar mit der Intention, inklusive und emanzipatorische Anliegen sowohl hochschulpolitisch als auch wissenschaftlich zu diskreditieren. Geradezu seismographisch vermag der Begriff der Diversität auf gesellschaftliche und akademische Dynamiken und Unsicherheiten bis hin zu Kulturkämpfen hinzuweisen. Auch im universitären Umfeld geht es dabei nicht immer um differenzierte wissenschaftliche Untersuchungen von Gehalt und Bedeutung pluralistischer Vielfalt in Politik, Gesellschaft und Theorie. Häufig verblasst Diversität zu einem Schlagwort, wird mitunter inhaltsleer als Feigenblatt in offiziellen Verlautbarungen verwendet oder gerät in den Bann verzerrender Vereinnahmungen durch neoliberale Projekte (Stichwort ‚Diversity‘ als Marketingstrategie).

Die Sektionstagung in Duisburg setzte sich zum Ziel, diese Kontroversen und Verunsicherungen näher zu beleuchten und kritisch zu reflektieren, und zwar sowohl im Sinne einer Selbstreflexion der Politischen Theorie und Ideengeschichte als auch im produktiven Austausch mit anderen Disziplinen, die sich mit Ansätzen feministisch-intersektionaler, postkolonialer, antirassistischer und queerer Theorien befassen. Die zentrale Frage

1 Vgl. den von Franziska Martinsen, Peter Niesen, Karsten Schubert, Frieder Vogelmann und Sabrina Zucca-Soest verfassten Tagungscall, aus dem auch modifizierte Teile in diese Einleitung eingeflossen sind.

richtete sich vor allem darauf, inwiefern die Politische Theorie und ihre Ideengeschichte normatives Orientierungswissen für eine gesellschaftliche Praxis zu generieren vermögen, die das Verhältnis zwischen Gleichheit und Differenz immer wieder aufs Neue herrschaftskritisch aushandelt und sich der politischen und rechtlichen Verantwortung für den Umgang mit Diskriminierungen aufgrund von Geschlecht, sexueller Orientierung, *race*, Klasse oder Behinderung stellt. In diesem Zusammenhang wurde auch nach dem besonderen Potential der Politischen Theorie für die Analyse der durch Diversitätstheorien umkämpften Grenzen von Wissenschaft und Politik gefragt. Der Anspruch der Tagung umfasste also nicht nur eine Binnenbetrachtung der eigenen Teildisziplin, sondern auch die systematische Beschäftigung mit gegenwärtigen gesellschaftlichen Kämpfen um Diversität, die politiktheoretische und ideengeschichtliche Perspektiven mit Sichtweisen aus anderen Disziplinen verbindet.

Die in dieser Publikation versammelten Beiträge spiegeln nicht sämtliche Diskussionen der Tagung wider, aber durchaus einen Großteil der gemeinsamen Auseinandersetzung – und sie verweisen explizit über den Tagungszusammenhang hinaus. Sie nehmen insofern die Einladung zur kritischen (Selbst-)Reflexion ernst, als sie sich auch auf eine Spurensuche innerhalb der Teildisziplin Politische Theorie und Ideengeschichte begeben, um das politische und gesellschaftliche Spannungsfeld zwischen Diversität und Gleichheit auszuloten. Hierbei identifizieren sie Leerstellen und Desiderate der Politischen Theorie, die dem eigenen Selbstverständnis, über die kritische Analyse hinaus auch normative Impulse zu geben, zuweilen zuwiderlaufen. Bei genauerem Hinsehen nämlich erweist sich der sogenannte Kanon der Politischen Theorie in mehrerlei Hinsicht als nicht divers, wie sich an der immer noch defizitären Rezeption von wichtigen, aber bislang marginalisierten Autor*innen und Konzepten zeigen lässt.² Hier bestehen nach wie vor viele Forschungsaufgaben, die in den in diesem Band publizierten Beiträgen skizziert werden und die sich nicht zuletzt auch mit verstärktem Handlungsbedarf verbinden, wenn es darum geht, Lexika, Überblickswerke, Curricula und Lehrveranstaltungen diverser zu gestalten. In diesem Kontext wird dann deutlich, welche Implikationen sich aus dem Nachdenken über Diversität für das Verständnis von politiktheoretischen Kernbegriffen wie Mehrheitsentscheidung, Meinungsfreiheit

2 Für die fortwährende nicht genügende Berücksichtigung weiblicher und/oder (queer)feministischer Autor*innen und Konzepte in der Politischen Theorie und Ideengeschichte vgl. Martinsen 2022 und 2024.

oder Wahrheit und für das Verständnis des Politischen insgesamt ergeben können.³ Daher versteht sich der vorliegende Band mit seinem Aufruf zu mehr epistemischer Gerechtigkeit in der Politischen Theorie auch als eine politische Intervention in den akademischen Betrieb.⁴ Kämpfe um Diversität spielen sich schließlich nicht nur ‚dort draußen‘ in der empirischen Welt ab, sondern durchaus auch innerhalb der Wissenschaft.

Zugleich machen die Beiträge deutlich, dass das Einfordern von Diversität in der Fachdisziplin und ihren korrespondierenden Disziplinen nicht bloß eine vermeintlich zeitgeistige Geste darstellt, sondern die grundlegende Auseinandersetzung mit einer zentralen Analysekategorie, ohne die weder die empirische Wirklichkeit noch das bestehende Theorieangebot sinnvoll erfasst und evaluiert werden können. Will also Politische Theorie nicht Gefahr laufen, solipsistische Nabelschau zu betreiben, ist sie unbedingt auf den auch inter- und transdisziplinären Verständigungsprozess über plurale Deutungsansätze angewiesen. Insofern gehören kritische Wissenschaftstheorien unabdingbar zu ihr, deren zentrale Einsicht u. a. eben die Diversität von Wissens- und Wahrheitsproduktionen ist. Mittlerweile gibt es ein großes Reservoir an kritischen Wissenschaftstheorien, zum Beispiel in der Tradition feministisch-intersektionaler Theoriebildung oder im Bereich der kolonialismus-, rassismus-, antiziganismus- oder ableismuskritischen Theorieansätze – darauf verweisen die Beiträge mit Nachdruck. Doch werden diese epistemologischen Ressourcen nicht in umfassender Form in der Politischen Theorie und Ideengeschichte genutzt, sondern verbleiben häufig an den Rändern der Disziplin. Dabei stellt sich die Frage nach einer diversitätsoffenen Wissensgewinnung und -prüfung, die sich ihrer gesellschaftlichen Verortung bewusst ist und diese Situierung immer wieder kritisch reflektiert, was nicht zuletzt angesichts der Zunahme an konkreten Anfeindungen gegen Forscher*innen und Forschungszweige, die sich mit Diversität befassen, umso dringlicher erscheint.

Letztlich ist es auch der Diversität des Feldes der Diversitätsforschung selbst geschuldet, dass dieser Band mit seinen Beiträgen nicht alle Diskussionen der Tagung repräsentieren und auch nur begrenzte Ausschnitte, bestimmte Aspekte und Perspektiven wiedergeben kann. So werden Diskurse um postmigrantische Gesellschaften nur gestreift und spezifische Diskri-

3 Vgl. exemplarisch Nüthen 2024.

4 Vgl. für ein Projekt, das den Anspruch einer (thematisch sowie autor*innenbezogen) diverseren Lehre in die Praxis umsetzt und dafür eine Austauschplattform für Seminarpläne ins Leben gerufen hat: <https://ktpluralisieren.net/>.

minierungsverhältnisse wie Antisemitismus und Klassismus sowie die für den deutschen Diskurs wichtige Ost-West-Beziehung kaum oder gar nicht berücksichtigt. Dass dies ein Tagungsband nur bedingt leisten kann, soll nicht als Entschuldigung missverstanden werden, sondern als Auftrag an alle, denen Kritik an Diskriminierungs- und Unterdrückungsverhältnissen nicht egal ist – die Autor*innen dieser Einleitung mitinbegriffen.

In diesem Sinne ist die reflexive Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Politischer Theorie und Diversität in diesem Band in breitere gesellschaftliche globale Umbrüche eingebettet: Denn in den ungefähr zweieinhalb Jahren seit der Tagung, aus dem der Sammelband hervorgeht, hat sich die politische Lage weltweit entscheidend verändert, auch im Hinblick auf Fragen der Diversität. Verliehen Diskussionen um das Schlagwort Diversität auch zum Tagungszeitpunkt bereits regelmäßig in polarisierter Form, so artikulieren sich heutige rechts-autoritäre Politiken – ob auf der Straße oder in Regierungsverantwortung – ganz zentral auch über ihre Gegnerschaft zu Diversität: als Wert, als politisches Programm und als vermeintliche Eigenschaft von Menschen oder Menschengruppen, die nicht der von rechts imaginierten Norm zu entsprechen scheinen. So werden beispielsweise – um den wohl prominentesten Fall zu nennen – seit Donald Trumps zweiter Amtszeit als US-Präsident Diversitätsprogramme in Rekordzeit rückabgewickelt. Die Bedingungen für eine Politische Theorie, die sich als herrschaftsreflektierendes Projekt versteht, verschieben sich durch diese gesellschaftlichen Veränderungen: Sie werden einerseits prekärer, andererseits scheinen sie aber auch umso dringlicher nach Begriffen, Konzepten und Argumenten zu verlangen, die uns ebendiese Veränderungen nicht nur in ihren oberflächlichen Erscheinungsformen, sondern auch in ihren Zusammenhängen und Tiefenstrukturen verständlich machen. Auf eine einfache Formel gebracht, geht es nicht zuletzt immer auch um die schlichte Frage, wie vielfältig unsere Gegenwart ist (vgl. Llanque 2025: 229ff.) und inwiefern wir dieser Diversität in der politiktheoretischen Forschung mitsamt der ideengeschichtlichen Reflexion Rechnung tragen.

Gleichzeitig vermögen gerade politiktheoretische Arbeiten zu Diversität als Gegenstand, aber insbesondere auch als epistemologischer Einwand, einen nuancierten Blick auf Veränderungen der Gegenwart zu werfen: Diese Veränderungen werden oft als Bruch und ganz grundlegende Zerrüttung einer verhältnismäßig stabilen Nachkriegsordnung innerhalb liberaler Demokratien hin zu einem neuen Faschismus gedeutet. Bei genauerem Hinsehen eröffnen sich jedoch mindestens in derselben Intensität zahlreiche Kontinuitäten, die den Weg von strukturell krisenhaft organisierten kapi-

talistischen Weltsystemen hin zur autoritären Überschreitung von deren politischen Formen der letzten Dekaden weisen (wenn auch nicht deterministisch, sondern im Sinne bestimmter Pfadabhängigkeiten). So haben die Politische Theorie und die Demokratietheorie sowohl als Disziplinen als auch als kritische Perspektiven auf Gesellschaft schon lange darauf hingewiesen, dass (neo-)liberale Demokratien sich nicht einfach auf Dauer stellen lassen, sondern das Potential nicht nur ihrer progressiven, sondern auch ihrer regressiven, autoritären oder gar faschistischen Überwindung stets in sich tragen (vgl. bspw. klassisch Lefort 1990; aktuell Brown 2018; von Redecker 2020). Diversität erzeugt ein Spannungsverhältnis zwischen sozialer Realität und normativem Ideal. Ob sie demokratische Inklusion stärkt oder gesellschaftliche Fragmentierung vertieft, hängt also insbesondere von der zugrunde gelegten theoretischen Begründungslogik ab.

Nimmt man die oben erwähnte Beziehung zwischen Politischer Theorie und kritischer Wissenschaftstheorie ernst, kommen für die dringend notwendigen Analysen dieser Kontinuitäten und Potentiale Einsichten aus marginalisierten Perspektiven eine entscheidende Rolle zu. Denn antirassistische, (queer-)feministische und antisemitismuskritische soziale Kämpfe und Bewegungen beschreiben schon seit langem und immer wieder, dass die verhältnismäßige Stabilität des ausgehenden 20. und des anbrechenden 21. Jahrhunderts nie eine universelle war, also nicht für alle gleichermaßen galt. Sie beruhte auf und war abhängig u.a. von (über-)ausgebeuteter feminisierter und migrantischer Arbeitskraft, von massiver ökologischer Zerstörung und Externalisierung ihrer Folgen insbesondere in den Globalen Süden. Sowohl im Globalen Süden als eben auch für relevante Bevölkerungsteile liberal-demokratischer Gesellschaften war und ist die Welt und der Ausblick auf mögliche Zukünfte also nie *nicht* krisenhaft und bedrohlich. Aus einer solchen Perspektive lässt sich etwa erkennen, dass heutige Erscheinungsformen migrationsfeindlicher Stimmungsmache, nationale Abschottung und Aushöhlung des Asylrechts nicht losgelöst von rassistischen Pogromen seit den 1990er-Jahren zu denken sind; dass es für rassistisch motivierte Polizeimorde und Anschläge sowie behördliche Verstrickungen in neonazistische Strukturen in Deutschland nicht erst eine rechtsextreme Partei in der Regierung braucht (vgl. Güleç/Schaffer 2017); und dass Antifeminismus, Trans- und Queerfeindlichkeit sowie misogynie Gewalt nicht ohne die jahrzehntelange gewaltvolle Durchsetzung starrer heteronormativer Zweigeschlechtlichkeit zu verstehen sind und überdies eine ernste Bedrohung für demokratische Gesellschaften darstellen. Die Debatte um Diversität führt so unweigerlich zur Kernfrage: Wie kann poli-

tische Gemeinschaft unter Bedingungen kultureller, religiöser und sozialer Vielfalt bestehen? Die verschiedenen Perspektiven werfen also nicht nur die Frage auf, *gegen* was es geht, sondern auch, *wofür* es sich zu streiten lohnt.

Eine von diesen Rändern ausgehende, in ihnen situierte und daher im Selbstverständnis diverse Form der Theorieproduktion trägt entscheidend zu unserer kollektiven Verständigung über die Gegenwart bei, denn sie vermag Verhältnisbestimmungen zwischen Demokratie und Autokratisierung- bzw. Faschisierungstendenzen produktiv zu verkomplizieren, indem sie die Gleichzeitigkeit der benannten Kontinuitäten mit Eskalationen dieser Tendenzen herausarbeitet. Nicht zu vergessen, sind es eben jene marginalisierten Perspektiven, die auch in Zeiten einer umfassenden Rechtsentwicklung als erstes bedroht sind, wie wir es heute schon sehen können. So konnten etwa institutionelle Diversitätsprogramme in den letzten Jahren die innere Widersprüchlichkeit der politischen wie ökonomischen Verhältnisse nicht auflösen, auch wenn sie teils reale Erfolge im Hinblick auf gleichere gesellschaftliche Teilhabe erzielen konnten. Auch diese Widersprüchlichkeit, in die sich Diversitätspolitik daher notwendigerweise mit verstricken, wird im vorliegenden Sammelband thematisiert.

Den Anspruch politischer Theorien, auch kritische Zeitdiagnose zu sein, fordern die rasanten Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit nun neu heraus. Eingedenk der Unmöglichkeit, die Zukunft theoretisch vorwegzunehmen oder vorherzusagen, die allein schon in der Komplexität des Sozialen und der ein Stück weit immer schwer greifbaren Logik des Politischen angelegt sind, halten wir mit diesem Sammelband an der Gebotenheit einer kritischen Intervention in die Gegenwart fest. Die Beiträger*innen dieses Bandes leisten genau das: Sie nehmen gesellschaftliche Kämpfe, Debatten und Bruchlinien theoretisch auf und entwickeln Werkzeuge, mithilfe derer wir uns darin orientieren und diese mitgestalten können.

Zum Aufbau des Bandes

Im ersten Teil unter der Rubrik *„Diversität als politiktheoretischer Begriff“* zeigen die Autor*innen in ihren Beiträgen auf, welche Bedeutung Diversität als Analysekategorie zukommt, um zentrale Fragestellungen der Politischen Theorie und Ideengeschichte angemessen einordnen zu können. So hinterfragt Christian Leonhardt unter dem Titel *„Von Diversität und Gleichheit“* den traditionell angenommenen Widerspruch von Diversität und Gleichheit und verweist auf ihre wechselseitige Abhängigkeit. Anhand zweier

Leitkritiken zeigt er, wie verbreitete Konzepte Diversität verfehlen: Isaiah Berlins negative Freiheitslehre erzeugt einen entpolitierten Pluralismus des beziehungslosen Nebeneinanders und Chantal Mouffes agonistischer Pluralismus privilegiert staatlich-parlamentarische Formen und hierarchisiert dadurch Vielheit. Leonhardt entwickelt demgegenüber einen Begriff relationaler Diversität, der nur egalitär – also unter Bedingungen von Gleichheit – emanzipatorisch wirksam werden kann. Als Beispiel für relationale Diversität nennt er die *General Assembly* von Occupy Wall Street. Hier wird Konsens als Praxis der Gleichheit rekonstruiert, die jedoch nicht Harmonie bedeutet, sondern durch Konflikt und Widerspruch – etwa in Form von Interventionen des PoC-Caucus – realisiert und verteidigt wird. Diversität ohne Gleichheit droht somit, sich in hierarchisierenden Beziehungen zu konterkarieren, während Gleichheit ohne Diversität Gefahr läuft, sich im entpolitisierenden Nebeneinanderher oder in einer ebenso entpolitisierenden Harmonieneigung zu verlieren. Daher gilt für demokratisch-emanzipatorische Politik: keine Diversität ohne Gleichheit und keine Gleichheit ohne Diversität.

Vanessa Lara Ullrichs Beitrag unter dem Titel „*Fäden statt Büchsen: Diversität zwischen Fortschritt und Regression*“ stellt Debattenintervention und konzeptuelle Reflexion am Gegenstand des Diversitätsbegriffs gleichermaßen dar: Die Autorin rekonstruiert in ihrem Text zwei Perspektiven, die sie als ‚Fortschrittsperspektive‘ einerseits und als ‚Regressionsperspektive‘ andererseits bezeichnet. Beide Perspektiven beobachtet Ullrich als in öffentlichen politischen sowie akademischen Diskursen um Diversität vorherrschend. Entgegen diesen Verständnissen, die Diversität mit einander entgegengesetzten normativen Vorzeichen als an sich gut oder an sich schlecht definieren wollen, argumentiert Ullrich für eine dialektische Perspektive auf Diversität: Diese zeichne sich gerade dadurch aus, erstens die Widersprüchlichkeit von Diversität in ihren konkreten Realisierungsformen innerhalb kapitalistischer Gesellschaften zu analysieren und sie dadurch nicht überzeitlich normativ festschreiben zu können; und zweitens Diversität konstitutiv an die sozialen Kämpfe darum rückzubinden und nicht von diesen zu abstrahieren.

Auch Henrike Bloemen geht auf die Umkämpftheit des gesellschaftlichen Verständnisses von Diversität ein. In ihrem Beitrag „*Kämpfe um Diversität als Kämpfe um Common Sense: Eine feministisch-hegemonietheoretische Perspektive*“ verweist sie mit Antonio Gramsci auf den Zusammenhang von Diversität und *Common Sense*, also dessen, was dem Alltagsverstand nach als normal und vernünftig gilt. Dabei analysiert sie erstens *Common Sense*

als Schauplatz von Kämpfen um Diversität. In diesen Kämpfen kritisiert sie dann sowohl zweitens *Common Sense* als Waffe gegen Diversität als auch drittens *Common Sense* als etwas, das im Kampf für Diversität überwunden und neu erfunden werden muss.

Lucas von Ramin untersucht in „*Normative Ansprüche von diversity. Grenzen einer Ethik der Differenz?*“ den gegenwärtigen Diversitätsdiskurs mit Blick sowohl auf die normativen Grundlagen als auch auf innere Spannungen und Widersprüche. Dabei bettet er seine Untersuchung in den weiteren Universalitäts-Partikularitäts-Diskurs ein. Anhand der Konzepte *Hegemonie* und *Kontingenz* zeigt von Ramin, dass Diversität sowohl auf Gleichheit und Freiheit als ständiges Ringen um gesellschaftliche Teilhabe als auch auf die Anerkennung von Differenz und Verletzlichkeit als Ausdruck von Kontingenz verweist. Hierauf gründet er die „Ethik der Differenz“, die sich, verstanden als anti-substanzialistischer Universalismus, nicht durch feste Prinzipien, sondern durch offene, reflexive Praxis begründet. Entlang des *Essentialismus*- und des *Kulturalismusvorwurfs* zeigt er, dass Diversität dort ihre emanzipatorische Kraft verliert, wo sie sich selbst hegemonial verfestigt oder in kulturelle Selbstbezüglichkeit und ökonomische Verwertungslogik kippt. Diversität soll, so von Ramin, weder als bloße Identitätspolitik noch als neoliberale Schlagwort begriffen werden. Vielmehr liegt ihr normativer Gehalt in der fortwährenden, offenen Praxis der Selbstbefragung, Kritik und Aushandlung; so kann die Unbestimmtheit und Ambivalenz nicht als Defizit, sondern als Bedingung demokratischer Freiheit und Gleichheit begriffen werden.

Der zweite Teil des Bandes beschäftigt sich mit „*Diversität als Desiderat der Politischen Theorie*“ und richtet den Blick damit insbesondere ins Innere der Disziplin sowie auf die Bedingungen der in ihr stattfindenden Wissensproduktion. Laura Soréna Tittel argumentiert in ihrem Aufsatz „*Antiziganismus als verdrängter Gegenstand der Politischen Theorie*“, dass diese Form von Diskriminierung trotz ihrer historischen und politischen Relevanz in der Teildisziplin weitgehend ignoriert wird. In ihrem Text verbindet sie die Perspektiven der *Critical Philosophy of Race* mit einer ideengeschichtlichen Analyse, um die strukturelle Verwobenheit der politischen Theorie mit Antiziganismus aufzuzeigen. Historische Beispiele, etwa die Regulierung der Mobilität und territoriale Ausschlüsse von Sinti*ze und Rom*nja seit der Frühen Neuzeit, illustrieren die lange Kontinuität staatlicher Diskriminierung. Zugleich legt Tittel dar, dass klassische politische Theorien von Thomas Hobbes über Immanuel Kant bis Karl Marx durch ein etatistisches Politikverständnis geprägt sind, das bestimmte Gruppen

systematisch aus dem Blick der Theorie ausschließt. Indem der Text strukturelle und institutionelle Aspekte von Antiziganismus betont, erweitert er die bisher vorwiegend auf Vorurteile fokussierte Forschung.

Der Vernachlässigung von Ableismus in der Politischen Theorie widmet sich Regina Schidel in ihrem Aufsatz *„Ableismus und mangelnde Diversität. Warum die politische Theorie Menschen mit geistigen ‚Behinderungen‘ anders berücksichtigen sollte“*. Sie argumentiert, dass dieses Diversitätsdefizit im Widerspruch zur selbst zugeschriebenen Erklärungs- und Deutungskraft der Disziplin für gesellschaftliche Wirklichkeiten stehe. Ableismus, verstanden als Abwertung und politischer Ausschluss von Menschen mit (zugeschriebenen) kognitiven Beeinträchtigungen, werde bisher kaum in der Politischen Theorie thematisiert. Schidel zeigt, dass diese Ausblendung sowohl theorieimmanent als auch gegenstandsbezogen eng mit logozentrischen Vorstellungen politischer Subjektivität verknüpft ist, die Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen implizit ausschließt. Durch die kritische Analyse logozentrischer Normen wird deutlich, wie politische Theorien ableistische Denkmuster reproduzieren und so Teilhabechancen strukturell begrenzen. Als Gegenentwurf macht Schidel theoretische Ressourcen, insbesondere aus der feministischen Standpunktepistemologie, fruchtbar, um Vorstellungen einer nicht-ableistischen politischen Teilhabe zu entwickeln. Außerdem verweist sie darauf, wie eine Erweiterung der Diversität des Wissens und der Subjektkonzepte zu inklusiveren und gerechteren politischen Theorien und Praktiken beitragen kann.

Mareike Gebhardt nimmt in ihrem Text *„Nomadisch statt monadisch: Feministische Kämpfe um epistemologische Diversität im Anschluss an Rosi Braidotti“* die Arbeiten der feministischen Philosophin zum Ausgangspunkt für Überlegungen, die das vermeintlich autonome Erkenntnissubjekt der politischen Theorie dezentrieren und dagegen für eine plurale, involvierte und kollektive Wissenschaftspraxis plädieren. Orientiert an der nomadischen feministischen Erkenntniskritik Braidottis blickt Gebhardt in Gegenarchive vergangener und zeitgenössischer politischer Philosophie und zielt damit auch auf eine kreative, subversiv aneignende Destabilisierung etablierter Kanons. Diese Praxis versteht die Autorin nicht zuletzt als wichtigen Kampf um Diversität in den Feldern der Wissenschaft und Erkenntnis selbst, die dadurch demokratisiert und intern diversifiziert werden und so auch eine reflektiertere Auseinandersetzung mit ihren Forschungsgegenständen erbringen können.

Floris Biskamp setzt sich in seinem Beitrag *„Frankfurt provinzialisieren. Eine postkoloniale Relektüre der habermas’schen Theorie“* am Beispiel der

Theorien Jürgen Habermas' mit der Frage nach einem adäquaten Umgang mit Theorien westlicher Prägung nach der postkolonialen Kritik auseinander. Nach einer Rekonstruktion der habermas'schen Theorie und ihrer postkolonialen Kritik argumentiert er nicht für eine Aufgabe ersterer, sondern für ihre Provinzialisierung. Diese bestehe insbesondere in einem Überdenken des Rationalisierungsparadigmas, in der Aufgabe des integralen Eurozentrismus und damit zusammenhängend sowohl dem Ernstnehmen der Beiträge antikolonialer Emanzipationsbewegungen als auch der Aufgabe, den eigenen Theorieansatz ernsthaft historisch und geografisch zu situieren. Eine solche provinzialisierte habermas'sche Theorie wäre dann ihrerseits – beispielsweise normativ-demokratiethoretisch – auch für postkoloniale Theorien anschlussfähig.

Der dritte Teil des Bandes unter dem Titel „*Kämpfe um Diversität*“ behandelt ebendiese Kämpfe in Akademie und politischer Praxis bzw. in deren Überschneidungsbereich, wie der Text „*Dialektik der Differenz: Zum politischen und epistemischen Gehalt der Diversitätsfrage in der Afrikanischen Philosophie*“ von Silvia Donzelli herausarbeitet. Hier unterbreitet sie einen Vorschlag zur Diversifizierung der Politischen Theorie, indem sie ihre philosophischen Voraussetzungen, ausgehend von afrikanischen und dekolonialen Theorieansätzen, befragt. Es wird gezeigt, dass die Politische Theorie im Rahmen einer Anerkennung unterschiedlicher epistemischer Traditionen überhaupt erst ihrem Anspruch auf Universalität näherkommen kann und diesen Anspruch zugleich kritisch reflektieren muss. Donzelli argumentiert, dass Diversität nicht nur ein Gegenstand der Reflexion, sondern eine konstitutive Bedingung von Erkenntnis ist. Damit verschiebt sich der Fokus von der Repräsentation kultureller Vielfalt hin zur Pluralisierung der Bedingungen des Denkens selbst.

Der Beitrag „*Diversität in der Demokratietheorie – Kämpfe um indigene Souveränität im Siedlerstaat*“ von Oliver Eberl zeigt, dass demokratische Kämpfe indigener Gruppen nicht primär auf Inklusion zielen, sondern auf Selbstbestimmung, kulturelle Selbsterhaltung und Souveränität und dies oft explizit gegen Integration/Assimilation. Anhand von drei Beispielen – erstens der indigenen Bürgerschaft als Ausdruck konsultativer Mitwirkung (wie zum Beispiel bei dem gescheiterten australischen „Voice to Parliament“-Referendum), zweitens des multikulturell verstandenen Souveränitätskonzeptes der Kanak in Neukaledonien und drittens der Zurückweisung des westlich-staatlichen Souveränitätsparadigmas zugunsten einer Nationhood ohne Staatlichkeit (wie im Fall der Angehörigen der Six Nations der Haudenosaunee-Konföderation) – leitet Eberl drei demokratietheore-

tische Herausforderungen ab: erstens Differenzierung gesetzgebender Souveränität durch gesonderte indigene Vertretung (bloße Konsultation/Veto bleiben normativ wie praktisch begrenzt); zweitens Verschränkung von indigener und staatlicher Souveränität im Unabhängigkeitsdiskurs; drittens Anerkennung nicht-staatlicher Nationen mit eigenem Selbstbestimmungsanspruch. Eberl folgert daraus, dass die Demokratietheorie ihre tradierte Kopplung von Staat–Nation–Souveränität lösen und eine Diversität demokratischer Ordnungen anerkennen muss, die Koexistenz, Respekt und variable Autonomieformen ermöglicht, statt indigene Anliegen in Minderheiten- oder Integrationslogiken zu assimilieren.

Im letzten Beitrag des Bandes *„Streit um den Islam: Orientalismus, Feminismus und Rechtspopulismus“* geht Ina Kerner der doppelten Frage nach, inwiefern der Islam von radikalen Feminist*innen, aber eben auch von rechten Parteien, als frauenfeindlich kritisiert wird bzw. inwiefern diese Kritik aus postsäkularer und postkolonialer Perspektive als antimuslimischer Rassismus zurückgewiesen wird. Dabei argumentiert sie, dass es sich nicht nur um ein komplexes, intersektionales Verhältnis handle, sondern dass die von radikalen Feminist*innen geäußerte Kritik dieses Verhältnis zu häufig simplifiziere, dabei einen kolonialen Rettungsdiskurs reproduziere und sich eher gegen Gender Studies als gegen Rechtspopulismus positioniere.

Danksagung

Die Sektionstagung „Kämpfe um Diversität“ wurde vom 17.-19. März 2023 gemeinsam veranstaltet von (in alphabetischer Reihenfolge) Franziska Martinsen (Universität Duisburg-Essen), Peter Niesen (Universität Hamburg), Karsten Schubert (Humboldt-Universität zu Berlin), Frieder Vogelmann (University College Freiburg/Albert-Ludwigs-Universität Freiburg) und Sabrina Zucca-Soest (Helmut-Schmidt Universität Hamburg). In der Vorbereitungszeit vor der Tagung gesellte sich Katharina Motyl (Universität Mannheim) hinzu, die das Organisationsteam nicht nur mit ihrer Perspektive aus der Amerikanistik ideell und praktisch bereicherte, sondern auch darüber hinaus eine wichtige Gesprächspartnerin blieb. Die Tagung fiel in einen Zeitraum, als die digitale Infrastruktur an der Universität Duisburg-Essen nachhaltig unter den Auswirkungen einer schweren Cyberattacke litt. Es funktionierten E-Mailsysteme, Homepages und WLAN in den Räumlichkeiten nicht, was die Kommunikation im Vorfeld und vor

Ort in außergewöhnlichem Umfang erschwerte. Es musste an allen Ecken und Enden improvisiert werden, um letzte Änderungen des Programms zu vermitteln oder den Keynote Speaker Adrian Daub (Stanford University, USA) per Zoom hinzuzuschalten. Die Mitarbeitenden in der Technischen Verwaltung und im Zentrum für Informations- und Mediendienste (ZIM) der Universität Duisburg-Essen stellten unter erheblichem Zeitdruck sicher, dass schließlich alles fast reibungslos funktionierte. Auf beeindruckende Weise sorgte allen voran das Assistenzteam mit Wiebke Böggering, Jan Borcharding und Tassilo Kampas dafür, dass das gesamte „Drumherum“ der Konferenz von Betreuung über Verpflegung bis hin zu Auf- und Abbau vor Ort sowie mit Helga Schulte (†) die Nachbereitung und Abrechnung absolut professionell vonstattenging. Großzügige finanzielle Unterstützung erfuhr die Tagung durch die Arbeitsbereiche von Peter Niesen und Frieder Vogelmann.

Trotz – oder vielleicht auch ein bisschen aufgrund der technischen und organisatorischen Widrigkeiten – zeichneten sich die drei Konferenztage durch eine ausgesprochen intensive, streitbare und zugleich kollegiale und – möglicherweise aufgrund fehlender Internetverbindung – konzentrierte und einander zugewandte Atmosphäre auf dem Podium und im Publikum aus. Allen hier namentlich und nicht namentlich genannten Personen sei für das außergewöhnliche Engagement ein umfassender Dank ausgesprochen. Dank gebührt insbesondere allen Referent*innen und Teilnehmenden, die mit ihren Vorträgen und Diskussionsbeiträgen über disziplinäre Grenzen und universitäre Statusunterschiede hinweg und ganz im Sinne der kurz zuvor im September 2022 von der Sektion Politische Theorie und Ideengeschichte verabschiedeten „Vorschlagsliste zum diskriminierungsfreien Tagen“⁵ zu einer lebendigen Version akademischer Diversität beigetragen haben.

Bei der vorliegenden Publikation wurden die Herausgebenden (in alphabetischer Reihenfolge), Christian Leonhardt (Universität Bremen), Franziska Martinsen (Universität Duisburg-Essen), Samia Zahra Mohammed (Universität Duisburg-Essen) und Sabrina Zucca-Soest (Helmut-Schmidt-Universität Hamburg) tatkräftig von Jamil Moll (Universität Bremen) unterstützt. Für sein gründliches Redigat bedanken wir uns sehr herzlich. Bei den Autor*innen dieses Bandes bedanken wir uns für ihre besondere Zuverlässigkeit, schnelle Rückmeldungen und nicht zuletzt für ihre außer-

5 https://www.dvpw.de/fileadmin/user_upload/sek_vp/Politische_Theorie/Diskriminierungsfrei_Tagen.pdf.

ordentliche Geduld. An dieser Stelle danken wir uns zudem wechselseitig für die Zusammenarbeit, vor allem Christian und Samia dafür, dass sie sich zum Herausgebendenteam hinzugesellt haben.

Ein herzlicher Dank gilt Beate Bernstein und Eduard Schwarzenberger für die konstruktive Betreuung seitens des Nomos-Verlags (und für den schönen Büchertisch am Veranstaltungsort in Duisburg) sowie den beiden Herausgebenden der Schriftenreihe der Sektion Politische Theorie und Ideengeschichte in der DVPW/Studies in Political Theory, Oliver Eberl (Universität Marburg) und Frauke Höntzsch (Universität Augsburg). Großer Dank geht an Dorothee Graf von der Universitätsbibliothek Duisburg-Essen und Benjamin Ahlborn von der Universitätsbibliothek Bremen für die finanzielle Ermöglichung der Open Access-Publikation, die dennoch gedruckte Exemplare für unsere Bücherregale umfasst.

Literaturverzeichnis

- Brown, Wendy 2018: Neoliberalism's Frankenstein: Authoritarian Freedom in Twenty-First Century "Democracies". In: *Critical Times* 1:1, 60–79.
- Güleç, Ayşe/Schaffer, Johanna 2017: Empathie, Ignoranz und migrantisch situiertes Wissen. Gemeinsam an der Auflösung des NSU-Komplexes arbeiten. In: Karakayali, Juliane/Kahveci, Çagri/Liebscher, Doris/Melchers, Carl (Hg.): *Den NSU-Komplex analysieren*. Bielefeld: transcript, 57–80.
- Lefort, Claude 1990: Die Frage der Demokratie. In: Rödel, Ulrich (Hg.): *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 281–297. [1983]
- Llanque, Morgane 2025: *Vielfalt. Eine andere Geschichte der Menschheit*. München: Droemer.
- Martinsen, Franziska 2022: Kanon oder nicht? Feministische Perspektiven in der Politischen Theorie. In: Flügel-Martinsen, Oliver/Jörke, Dirk (Hg.): *Vom Nutzen und Nachteil der Politischen Theorie und Ideengeschichte für die Politikwissenschaft – und darüber hinaus. Eine Gedenkschrift für Rainer Schmalz-Bruns*, Baden-Baden: Nomos, 275–295.
- Martinsen, Franziska 2024: Politische Theorie und Geschlechterverhältnisse. In: Klepper, C.M./Leinius, Johanna/Dies./Mauer, Heike/Nüthen, Inga (Hg.): *Handbuch Politik und Geschlecht*. Opladen: Barbara Budrich, 63–72, open access: https://budrich.publisso.de/en/publisso_gold/publishing/books/overview/6/overview%20chapters.
- Nüthen, Inga 2024: *Geschlecht, Sexualität und Politik. Aspekte queer_feministischer Politikverständnisse*. Opladen: Budrich.
- Redecker, Eva von 2020: Ownership's Shadow. Neoauthoritarianism as Defense of Phantom Possession. In: *Critical Times* 3:1, 33–67.

